

## Kurzbericht „(Um)Steuern! Steuerbetrug, Geldwäsche und Korruption

Die Veranstaltung in den Räumen der Arbeiterkammer wurde von der Moderatorin und VIDC Mitarbeiterin **Martina Neuwirth** eröffnet. Zwischen 21 000 bis 32 000 Milliarden an privatem Finanzvermögen seien laut Studie von James Henry in sogenannten Offshore Zentren geparkt, zeigte Neuwirth die globale Dimension des Problems auf. Diese Gelder stammen zwar nicht alle aus Steuerbetrug, Geldwäsche oder Korruption. Doch zur Aufklärung und Transparenz trage auch Österreich dank des Bankgeheimnisses nicht unbedingt bei.

„Wir stehen heute nicht vor einem Schuldenproblem, sondern vor einem Steuerproblem“ meinte Steuerexperte **James Henry** aus New York. Dies hätte nicht nur die Budgetnöte der OECD Länder verschärft, sondern treffe vor allem die Entwicklungsländern schwer. Henry koordiniert die Global Alliance des Tax Justice Networks (TJN), einem weltweiten Netzwerk von 81 Mitgliedsorganisationen in 37 Ländern. Henry sieht vier Pathologien in der „Global Haven Industry“: Zum Bereich „Odious Finance“ gehören beispielweise Schulden, denen illegitime oder verwerfliche Geschäfte zugrunde liegen, ebenso wie zahlreiche Privatisierungen. Als zweiten Bereich nennt Henry „Pirate Banking“, also „Private Banking“, das um oftmals nicht deklariertes Finanzvermögen rittert. Drittens vermeiden Multinationale Konzerne, wie zum Beispiel der Computerriese Apple, durch steuerschonende interne Verrechnungspreise und Scheingeschäfte Milliarden US-Dollar an Steuern jährlich. Der vierte Bereich ist der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen den Staaten. Nach 40 Jahren Wettlauf der „offshore“ und „onshore“ Zentren sei die steuerliche Belastung großer Konzerne von 20 % auf 6 % gesunken, so James Henry. Viele Entwicklungsländer sind durch illegitime Kapitalflucht zu Nettokapitalexporteuren geworden.

**Brigitte Unger**, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in Düsseldorf und Universitätsprofessorin für Finanzwissenschaft an der Utrecht University School of Economics, stellte die Verbindung zwischen Steuervermeidung und Geldwäsche her. Ursprünglich seien es getrennte Bereiche gewesen, die in den letzten Jahren immer stärker zusammengewachsen sind. „Tax crimes“ würden nun als Vortat zur Geldwäsche angesehen. Von Geldwäsche spricht man, wenn jemand seine aus kriminellen Aktivitäten erzielten Einnahmen versteckt und sie später in den legalen Finanzkreislauf einbringt. Der ehemalige Direktor des Internationalen Währungsfonds, Michel Camdessus, schätzte das Ausmaß der Geldwäsche auf 5 % des Weltsozialproduktes. „Wasser findet immer seinen Weg“ zog Unger einen passenden Vergleich zum mühsamen Kampf gegen die Geldwäsche. Selbst Bill Clintons Versuch, nicht die Drogen sondern die Einnahmen des Drogenhandels zu jagen, blieb ein bescheidener Erfolg. Eine u.a. von Brigitte Unger durchgeführte Evaluierung der Anti-Geldwäschemassnahmen in den 27 EU Mitgliedsstaaten brachte auch überraschende Ergebnisse. Geldwäsche sei in absoluten Zahlen vor allem eine Gefahr in den großen Staaten, wie Frankreich oder Deutschland, und nicht nur ein Problem von Steueroasen wie Zypern. Was unter Geldwäsche in den einzelnen Ländern verstanden werde, sei noch sehr unterschiedlich, so Unger, je nachdem, ob die Bekämpfung von Drogenhandel, Steuerflucht oder Korruption in den Vordergrund gestellt würde. Überdies müsste präzisiert werden, was genau unter „tax crimes“ zu verstehen sei. Unger zeigte sich positiv, was den Kampf gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung angeht: Eine neue Dynamik sei durch „offshore-leaks“ oder dem „naming and shaming“ durch das britische Parlament entstanden.

**Gubad Ibadoglu**, Ökonomie-Dozent an der Azerbaijan State Economic University und Senior Analyst am Economic Research Centre in Baku, betonte die Bedeutung der Öl- und Energieeinnahmen für die öffentlichen Finanzen in Aserbaidschan. Dieser Sektor decke mittlerweile 87 % des Budgets in Baku ab, so Ibadoglu. Eines der Hauptprobleme in Aserbaidschan sei jedoch die Schattenwirtschaft, die rund zwei Drittel des BNP ausmache. Nur die Hälfte der Exporte und Importe würden registriert, der Rest werde geschmuggelt. Als Ursachen nannte er die institutionellen Schwächen in den Transitionsländern, das fehlende Vertrauen in den Staat, fehlende Kontrollen, sozio-kulturelle Faktoren und die höhere Besteuerung. Steuervermeidung durch Bargeld-Ökonomie, die künstliche Erhöhung der Produktionskosten und die Gründung von Offshore-Gesellschaften (im Umfeld der Ölindustrie) habe zu einer Reduktion der Steuerbasis geführt. Für die Zivilgesellschaft sei es schwierig, Zugang zu Daten zu erhalten, 60 % des Budgets seien geheim, so der Ökonom.

In der **Diskussion** wurden die „double standards“ der USA und das Steuergesetz FATCA angesprochen. FATCA zwingt ausländische Finanzinstitutionen dazu, Daten über amerikanische Steuerpflichtige weltweit an die US-Steuerbehörden zu liefern. FATCA habe zahlreiche Schlupflöcher, aber es biete auch AktivistInnen die Möglichkeit, Druck in ihren Ländern in Richtung mehr Transparenz zu machen, so James Henry. Wie Steuervermeidung durch international agierende Konzerne legal funktioniert, wurde DiskussionsbesucherInnen am Beispiel des Handels mit Bananen plastisch vor Augen geführt. Durch gezielte Auslagerung von Dienstleistungen in Steueroasen (Transport, Versicherung, Marketing, Finanzierung usw.) kann die Steuerquote sowohl im Produktionsland (Ecuador) als auch in den Absatzländern minimiert werden. Zuletzt durften die drei ExpertInnen noch Wünsche äußern. Ein zentrales Firmen –und Bankenregister und andere Transparenz-Maßnahmen fanden sich ebenso darunter wie ein verstärktes Engagement in Bewegungen wie dem Tax Justice Network oder ein faires Steuersystem. Hinsichtlich einer zu verändernden Steuermoral wurde ein wohlhabender Mitarbeiter von Präsident Roosevelt zitiert, der meinte: „Ich zahle gerne 75 % Steuern, da ich 100 % meines Einkommens von den Amerikanern bekomme“.

Zusammenfassung: Franz Schmidjell, VIDC